BLOW UP! the system

Antifa Jugendinfo Hamburg

ARCHIV

Nr. 19 1/2 Herbst 98 für SchülerInnen kostenlos

SPEZIAL

WAHLEN 98

Sicherheit wählen! CDU

Hausmitteilung

Dies ist nun die erste Spezialausgabe in der kurzen Geschichte der „Blow up! – the system“ und die zweite in der langen Geschichte des Antifa Jugendinfos HH.
Was Ihr in den Händen haltet, ist also nicht nur wesentlich dünner, sondern verzichtet auch auf unsere sonstigen Rubriken wie „Know ya enemy“, „Brandschutzbestimmungen“, „Kurz und Schmerzhaft“ und sogar auf das tolle Gewinnspiel (obwohl auf letzteres vielleicht auch deswegen, weil sich da eine wirklich rege Beteiligung bislang nicht so recht einstellen wollte).
Außerdem gibt es – eigentlich ziemlich typisch für specials – lediglich ein Thema: die lang ersehnte Bundestagswahl.
Zugegeben, Deutschland hat schon heißere Wahlkämpfe gesehen und nicht immer waren sich die großen Wahlparteien so einig: Arbeitslosigkeit ist nicht schön, sagt die SPD und weiß natürlich, daß es unter ihrer Hand besser werden würde. Die CDU findet Arbeitslosigkeit jedoch auch doof, aber Schäuble ist sich sicher, er habe 1,3 Millionen offene Stellen parat. Wie soll´s funktionieren? Logen, den Markt straffen, Sozialausgaben ein wenig zusammenstreichen und so weiter...oft schon gehört und dadurch klingt´s auch nicht besser.
Klar ist, daß den Regierenden Leute ohne Arbeit nicht einfach nur leid tun. Auch wenn sich Arbeitslosigkeit bei der Bevölkerung nicht gerade gut verkauft, eignet sie sich doch wunderbar zur Legitimierung eigener Interessen. Sei es, Menschen ohne Arbeit irgendwelche Billigjobs aufzudrücken – ob sie da nun Bock drauf haben oder nicht – oder zu begründen, warum mehr freier Markt, also mehr Recht des Stärkeren absolut notwendig sei.Ob das Konstrukt, daß fette Wirtschaft keine Arbeitslosigkeit bedeutet oder vielleicht eher die sogenannte soziale Schere weiter auseinanderklaffen läßt, bleibt hier die Frage. So nicht! Für eine ausbeutungs- und unterdrückungsfreie Gesellschaft, beruhend auf dem Prinzip der Solidarität.
Aber da war doch noch so ein Schlagwort – genau: „Innere Sicherheit“. Also wird uns erzählt, wir bräuchten mehr Polizei, mehr Kontrolle, mehr Überwachung, mehr... damit Omi nicht mehr um ihre Handtasche bangen muß und sich die Reichen und Schönen auf den Shoppingmeilen nicht mehr über irgendwelches Gesindel ärgern müssen. Frei nach dem Motto: Alles was nicht gefällt, einfach wegsperren, dann ist Ruhe im Karton. Das sich so gesellschaftliche Probleme, deren Ursache vielmehr im kapitalistischen System selbst begründet liegen – nämlich durch die Strategie des Verwertungsprinzips, wo jedeR, der oder die nicht mitmachen kann oder will, rausfällt -, nicht lösen lassen werden, spielt da keine Rolle – „Was ich nicht sehe, stört mich nicht und gibt es demnach auch nicht.“
Dazu gehört natürlich auch ein rigoroserer Umgang mit Flüchtlingen. Da wird ein Bild vom „kriminellen Ausländer“ gezeichnet, der natürlich umgehend abgeschoben werden müsse – und seine Familie einfach gleich mit. Bekannte Sache: Was Sohnemann tut, macht morgen auch der Papa, Oma und die kleine Schwester. Weckt irgendwie ätzende Assoziationen...Und wenn lange genug das Märchen vom per se „kriminellen Ausländer“ erzählt wird, ist der Weg zur Pauschalisierung nicht weit, alle Nicht-Deutschen sind kriminell und müssen weg. Prima – das ist Rassismus.
Um das Bild komplett zu machen, gehen auch faschistische Parteien wie DVU und NPD auf WählerInnenfang. Bleibt die DVU jedoch auch nach all den Jahren dumpfe Phantompartei mit Landtagsmarionetten so dumm wie Toastbrot[1], formiert sich die NPD mehr und mehr zur echten Kaderpartei, der es gelingt, so einiges an Neonazipotential in sich zu vereinigen. Dies zeigen die diversen Aufmärsche gerade der letzten Monate, bei denen fast wöchentlich mehrere hundert saubere Deutsche mit Glatze und Springerstiefel ihre faschistische und rassistische Scheiße kundtun.
Der Unterschied zur DVU sind dabei die Nazikader selbst, die eben nicht irgendwelche von Gerhard Frey herbeigezauberten Dumpfbacken sind, sondern sich jung, dynamisch, adrett und redegewandt in der Öffentlichkeit präsentieren. Sie demonstrieren damit zum einen ein Mehr an Eigenständigkeit und Festigung, zum anderen treffen sie damit durchaus auf offene Ohren in der Bevölkerung, vermeintlich gehaltvoller, aber keineswegs weniger faschistisch wie ihre Kameraden von der DVU. So sei an dieser Stelle nochmals betont: Nazis jeglicher Couleur haben auf der Straße oder sonstwo nichts, aber auch gar nichts verloren, wir wollen eure Scheiße nicht hören und werden eure Prügeleien gegen MigrantInnen, Schwule und Lesben, Obdachlose, Behinderte, Roma und Sinti, Menschen ohne weiße Hautfarbe, Juden und Jüdinnen, Transsexuelle, Punx, Linke, Andersdenkende und alle anderen, die nicht in euer faschistisches Weltbild passen, nicht als alltägliche Realität hinnehmen. Antifa heißt Angriff!
Faschistischer Aufwind fußt natürlich auch auf genanntem rassistischen Klima in dieser Gesellschaft, mit all ihren Ausgrenzungs- und Unterdrückungsmechanismen. Und dies hängt nicht nur an der jetzigen Regierung. Von daher wäre es ein fataler Irrtum zu glauben: „Kohl muß weg und alles wird besser:“ Es wird nicht besser werden – ein Blick auf die ein oder andere „Oppositionspartei“ macht dies deutlich. „Wer unser Gastrecht mißbraucht der gehört abgeschoben, aber schnell“ sagt Gerhard Schröder, der gleichzeitig mit den Größen der deutschen Industrie herumdealt – August Bebel würde sich im Grabe herumdrehen.
Deswegen führt kein Weg daran vorbei zu erkennen:
Scheißegal ob Kohl, Schröder oder sonstwer – eins ist klar:

Ohne Revolution läuft gar nix!

Eure AJF

[1] Wobei natürlich nicht zu vergessen ist, daß ihre WählerInnen keineswegs einfach nur mal so rechtsextrem wählen, sondem sie dies ganz bewußt tun und so Teile eines gesellschaftlichen Klimas, geprägt durch Rassismus, repräsentieren.

ÜBER DEN UNSINN VON WAHLEN UND WEM SIE NUTZEN, EINE PARLAMENTARISMUSKRITIK

Nach vier Jahren unerbittlichen Wartens ist es endlich soweit: Die letzten Wahlen in diesem Jahrtausend stehen vor der Tür! Aber vorher gibt es noch einiges zu konsumieren: Bunte Plakate mit vielversprechenden Slogans und kleinere oder größere Schlammschlachten unter den Partein sind wie immer mit dabei. Doch obgleich sich führende PolitikerInnen einen abzwängen, um mal wieder richtig auf bürgernah zu machen und ihre heuchlerischen Reden schwingen, mal ehrlich: Wirklich interessieren tut der ganze Akt schon lange keineN mehr! Die Menschen haben scheinbar andere Probleme: Sie machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz, das sogenannte liebe Geld, ihre Wohnung oder ihr Bleiberecht. JedeR versucht irgendwie alleine mit der eigenen Misere klarzukommen. Obwohl bei einer Anzahl von 4,1 Millionen Arbeitslosen die Gemeinsamkeiten auf der Hand liegen, machen sich die meisten immer noch lieber gegenseitig fertig, statt ihre Probleme in einen gesellschaftlichen Kontext einzuordnen und auf dieser Ebene gemeinsam gegen die Ursache vorzugehen. Aber Moment mal, wir leben doch in einer Demokratie! „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (...)" so steht's zumindest im Grundgesetz Artikel 20 §2
Das die Gesellschaft, in der wir leben, herzlich wenig mit der Demokratie im eigentlichen Sinne am Hut hat, soll im folgenden Artikel verdeutlicht werden.

Bei der Betrachtung eines politischen Systems mit dem Ziel eine übergeordnete Zielsetzung zu entdecken, kann dies nicht losgelöst vom gleichzeitig funktionierenden wirtschaftlichen System gesehen werden. Die bürgerliche Demokratie tritt und trat immer gekoppelt mit dem Kapitalismus auf. Das ist nicht etwa Zufall, es hat sich in der Geschichte nicht mal eben so ergeben. Dieses Zweiergespann kommt zustande, weil der bürgerliche Staat und so auch als eine seiner Spielarten die bürgerliche Demokratie bestimmte Funktionen erfüllt, die für die Sicherung der *Kapitalverhältnisse* im Kapitalismus sehr nützlich sind.
Wie sieht diese „Sicherung der Kapitalverhältnisse" nun konkret aus? Das kapitalistische Wirtschaftssystem zeichnet sich grundsätzlich durch die Existenz zweier Klassen aus, die alleine für sich nicht bestehen können, aber deren Interessen sich so sehr entgegenstehen, daß eine gemeinsame Existenz auf stabiler Basis letztlich ebenfalls unmöglich ist. Das sind auf der einen Seite die Unternehmer, Bankiers, Großaktienbesitzer etc. p.p. und auf der anderen Seite die Lohnabhängigen. Die Lohnabhängigen, daß ist die Mehrzahl der Bevölkerung, die, um ein Leben in dieser Gesellschaft führen zu können, ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Doch das heißt zwangsläufig auch, daß sie für die Profite der Unternehmen ackern müssen, ohne irgendetwas davon zu haben.
Die einzige Möglichkeit dieses Ungleichgewicht zwischen Besitzenden und letztendlich Ausgebeuteten zu verändern, würde kurz gesagt dann bestehen, wenn sich die ArbeiterInnen ihrer Situation bewußt würden und daraufhin die Konkurrenz untereinander überwinden, sich zusammenschließen und sich gegenüber dem Kapital durchsetzen würden. Das wäre natürlich nicht im Interesse derer, die sich bis dahin 'ne goldene Nase verdient haben. An dieser Stelle wird für diese dann eine Art „Vermittler" von Nöten, der außerhalb dieses ökonomischen Konflikts steht und doch fähig ist ihn von außen zu regeln. Genau diesen Rahmen bietet der bürgerliche Staat. Regeln heißt jedoch nicht, die Konfliktlinien zu klären und zuzuspitzen, um so zu einer Lösung zu kommen. Die Aufgabe des Staates ist es, einerseits im Interesse der Wirtschaftslobby zu agieren, d.h. dafür zu sorgen, daß diese niemals entmachtet oder auch nur allzusehr in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt wird. Andererseits ist er aber auch immer darauf bedacht, eine zufrieden arbeitende Bevölkerung zu haben, die bloß nicht auf den Gedanken kommt Revolutionen machen zu wollen, d.h. es werden gewisse soziale Zugeständnisse in Form von Reformen getroffen, um die Bevölkerung ruhig zu stellen.
Das gemeinsame Problem der Ausbeutung wird vom Staat bewußt individualisiert und damit kaschiert. JedeR soll mit den eigenen Problemen alleine fertig werden, und im Zweifelsfalle werden Sündenböcke wie z.B. der „schmarotzen-

de Scheinasylant" bereitgestellt, die, wie es die momentane gesellschaftliche Realität zeigt, dann auch gierig aufgegriffen werden.
Die Mehrheit der Bevölkerung ist in Krisenzeiten zwar am Murren über „die da oben", die Möglichkeit einer Veränderung durch Eigeninitiative sehen sie jedoch nicht. Diese Entpolitisierung, das Desinteresse an so gut wie jeglicher politischer Information kommt nicht von Ungefähr. Die Struktur des Staatsgefüges unserer so hochgelobten repräsentativen Demokratie ist im Kern darauf aufgebaut. Dazu kommt, daß sie sich selbst in ihrer Machtstruktur absichert, da sich allein durch die einzige vom System gebotene Möglichkeit zu einer Veränderung, den Wahlen, nichts an den grundlegenden Machtverhältnissen ändern wird.
Dieses politische Machtgefüge bis in alle Details auseinanderzurupfen würde hier gnadenlos den Rahmen sprengen. Um beispielhaft an der politischen Gegenwart deutlich zu machen, was oben zu der Funktion des bürgerlichen Staates bereits allgemein beschrieben wurde, soll sich im folgenden auf die beiden Aspekte „Parteien" und „Parlament" beschränkt werden.

Die Parteien

Im Interesse der Wirtschaft muß von den Parteien eine bestimmte ideologische Richtung eingeschlagen werden, die letztlich ihre Interessen unterstützt und ihr zugunsten Handlungen durchführt bzw. diese in keinem Fall grundsätzlich in Frage stellt.
Dies geschieht natürlich immer mit Blick auf die Bevölkerung, um sich die Massenloyalität und damit die Stabilität des Systems zu erhalten. Dieser Akt auf dem Drahtseil wird von verschiedenen Strukturen politischer Kräfte betrieben. Die entscheidende Arbeit leisten dabei die Parteien. Die Staatsorientierung der etablierten Parteien ergibt sich schon durch ihre Verrechtlichung:
GG Artikel 21:
"§1 Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr vermögen öffentlich Rechenschaft geben."
"§2 Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht."
Alle Parteien sind, sofern sie sich nach dem Gesetz richten, also Staatsparteien. Überspitzt gesagt haben sie damit aber ihre umfassende Selbstbestimmung über ihre politische Ziele schon aufgegeben. Eine Politik, die sich gegen dieses Systems richtet, ist also innerhalb des Systems nicht möglich.
Konkurrieren dann mehrere Parteien untereinander um die „Regierungsverantwortung", wird der Schein einer ja so breitgefächerten Wahlmöglichkeit aufrechterhalten. In

Wirklichkeit ist damit jedoch dafür gesorgt, daß keine wesentlichen Machtveränderungen zu erwarten sind.

Das Parlament

Der schöne Slogan „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" sieht in der repräsentativen Demokratie so aus: Alle vier Jahre darf die wahlberechtigte Bevölkerung für einen KandidatInnen einer Partei, deren Vorstellungen der eigenen am wenigsten widerspricht, ein Kreuzchen machen. Die gewählten Volksvertreter sind dann im Bundestag „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen" (GG Art. 31 §1).

Um das Mitwirken der einzelnen Bundesländer und ihre Interessen in der Machtpolitik zu garantieren, sieht unser Grundgesetz eine weiter Instanz innerhalb der Legislative, also dem Parlament, vor: den Bundesrat.

Die Bundesregierung (bestehend aus Bundeskanzler und Bundesministerien) hat als exekutives Organ laut Grundgesetz sowohl das Recht an Verhandlungen des Bundesrats, seiner Ausschüsse, als auch an den Sitzungen des Bundestages teilzunehmen. Das gleiche gilt für die Mitglieder des Bundesrates in Bezug auf den Bundestag. Weiterhin ist der Bundesrat „von der Bundesregierung über die Führung der Geschäfte auf dem laufenden zu halten" (GG Art.53 & Art.43 § 2).

Durch die Wahl der „VolksvertreterInnen" in den Bundestag, bzw. auf Länderebene über die Landesregierungen in den Bundesrat, ist die politische Willensäußerung der Bevölkerung also auf die Quantität der Stimmen reduziert. Rückwirkend verbindliche Einflußmöglichkeiten gibt es nicht. Das hat zur Folge, daß die Bevölkerung den Bezug zur Politik mehr und mehr verliert, denn „Die da oben machen das schon..." und sich somit aus der Verantwortung zieht. Gewählt werden muß aber auf jeden Fall, denn bei nur 40% Wahlbeteiligung würde der Schein einer ach so demokratischen Gesellschaft schnell baden gehen. Wenn es also so weit ist, wird von den Medien der anstehende Wahlkampf mit all seinen aktuellen Debatten und Schuldzuweisungen wie eine soap-opera häppchenweise aufbereitet und die Bevölkerung kann wie gewohnt konsumieren. Massen von sonst so knappen Geldern werden in den Wahlkampf gepumpt, aber glücklicherweise ist das ja auch 'ne einmalige Sache, denn alle anderen Staatsorgane leiten sich vom Bundestag oder den Landtagen ab, der Griff zum Stift wird für die folgenden Schritte unnötig.

Jetzt hat das Parlament die Aufgabe, Gesetze zu erlassen. Damit erhebt es den Anspruch, die entscheidende Gewalt im Staat darzustellen. Ein Blick auf die Praxis zeigt, was unter schwammig formulierten Ansprüchen alles faßbar ist. So kann das, was öffentlich über den Fernseher flimmert als mehr oder weniger amüsante Show gesehen werden, mit ernsthafter Politik hat es jedoch herzlich wenig zu tun. Die entscheidende Arbeit findet in den Ausschüssen statt, die der breiten Öffentlichkeit vorenthalten bleiben. Dort werden Gesetze und Richtlinien festgelegt und ausgearbeitet, meist ohne gesellschaftlich zum Thema gemacht zu werden. Ein mögliches feedback aus der Bevölkerung bleibt damit aus.

Weiterhin kann die Regierung auch Maßnahmen gegen konkret artikulierte Interessen der Bevölkerung durchsetzen, wenn es sich auf Gesetze stützen kann, die formal vom Parlament legitimiert worden sind. Zum anderen kann das Parlament allgemeine Interessen aufgreifen und äußern, ohne das sie für das Vorgehen der Regierung von irgendeiner Bedeutung wäre.

Alltägliche Politik ist in dieser Gesellschaft eine symbolischen Geste mit befriedigender Wirkung. Die Ohnmacht des Parlaments ist eine entscheidende Bedingung für das Funktionieren des bürgerlichen Staates. Es stellt die notwendige Bühne dar, auf die das Augenmerk der Öffentlichkeit gerichtet ist, um von einer Untersuchung der tatsächlichen Entscheidungsinstanzen abzulenken.

Grenzen der Staatsmacht

Da die Existenz des Staates in seiner Funktion zur Sicherung des Kapitalverhältnisses begründet liegt, ist er nicht in der Lage durch irgendeine Strategie dieses Verhältnis zu durchbrechen. Hier liegt seine Systemgrenze. Seine konkrete Tätigkeitsgrenze liegt in seiner Verflochtenheit mit dem Wirtschaftssystem einerseits und in seiner Abhängigkeit von der Massenloyalität andererseits.

Dies wird bei der Betrachtung der aktuellen Arbeitslosenproblematik deutlich. Zumeist beschränken sich staatliche Maßnahmen auf unbeholfene Appelle von PolitikerInnen an die Unternehmer, doch mal bitte „national zu denken" d.h. den „Standort Deutschland" und somit angeblich auch Arbeitsplätze zu sichern - viel weiter hinaus können staatliche Maßnahmen nicht reichen, zumindest nicht, wenn sie effektiv sein sollen.

Somit ergibt sich für uns, nicht nur einzelne Fehler im politischen System zu kritisieren, kleine Reförmchen hier und da werden nichts ändern. Es gilt den grundlegenden Zusammenhang zwischen dem ökonomischen System und der dazugehörigen bürgerlichen Demokratie zu entlarven.

Quellen: Buer, Dittrich, Kramer, Reichwein, Tiehn; Zur Gesellschaftsstruktur der BRD, Beiträge zur Einführung in ihre Kritik; Westfälisches Dampfboot Verlag

Wahlen- was tun?
Wahlen- was tun?
Wahlen- was tun?
Wahlen- was tun?

Die Bundestagswahlen stehen an und somit auch das Thema „wie verhalte ich mich beim wählen". Die vielgerühmte „freiheitlich- demokratische Grundordnung" unserer lieben BRD gesteht uns alle vier Jahre ein politisches Mitspracherecht zu, welches drei Möglichkeiten bietet: Erstens eine Partei zu wählen, die unseren politischen Ansprüchen am ehesten entspricht, zweitens gar nicht erst zur Wahl zu gehen oder drittens ungültig zu wählen.
Alle drei Möglichkeiten bieten ihre Vor- aber auch ihre Nachteile, so daß jedeR individuell für sich klären sollte was er/sie macht. An dieser Stelle soll versucht werden diese Vor- und Nachteile kurz darzustellen, sozusagen vielleicht eine kleine Entscheidungshilfe.

Eine Partei wählen
Eine Partei zu wählen, bedeutet sich an dem ganzen Zirkus, mit dem die Herrschenden ihre Position legitimieren, ordnungsgemäß zu beteiligen. Das hieße, die Legitimierungsfunktion der Wahlen zu unterstützen und somit den Parlamentarismus mit all seinen Spielregeln ein stückweit anzuerkennen. Du gibst also deine Stimme, einen Teil deines politischen Willens jener Partei in Obhut, welche deinen Vorstellungen am meisten entspricht, doch gleichzeitig entmündigst du dich für die nächsten vier Jahre, parlamentaristisch gesehen. Denn jeden Mist, den die Partei anstellt, kann sie mit deiner Stimme legitimieren.
Doch hat es aus taktischen Gründen unter Umständen durchaus Sinn eine Partei zu wählen. So unterstützt du mit deiner Wahl einer mehr oder minder korrekten Oppositionspartei, ihr Ziel, die Regierung so weit wie möglich zu behindern und damit können die Regierenden nicht mehr so frei agieren wie sie es gerne wollen.

Nicht wählen
Wenn du nicht wählst, drückst du damit deine Opposition zu dem System aus. Denn du nimmst den Herrschenden das einzige Instrument zur Legitimation ihrer Macht aus der Hand; oder wie kann sich eine gewählte Partei bei 10% Wahlbeteiligung auf den Volkswillen berufen?
Doch auch das Nicht- wählen hat in diesen Zeiten leider Nachteile, denn die Prozente die die einzelnen Parteien kriegen, errechnen sich an der Wahlbeteiligung. Hätten also die Hälfte der oben genannten 10% die CDU gewählt, so hätte die CDU 50% der Stimmen auf sich vereint und hätte damit wohl die absolute Mehrheit, was ganz schön beschissen wäre. Das eigentliche Problem jedoch ist, daß sich mit der Wahlbeteiligung auch die 5%- Hürde in absoluten Zahlen senkt. Rechte Parteien, wie z.B. die DVU, hätten ein leichteres Spiel in die Parlamente reinzukommen, da ihre AnhängerInnen ja wählen gehen.

Ungültig wählen
Ungültig wählen ist im Prinzip der Kompromiß aus den ersten beiden Punkten. Die Stimmen der ungültig Wählenden fallen in den Statistiken unter „Sonstige". Das heißt die Zahl der Wahlbeteiligten steigt, die 5% Hürde wird in absoluten Zahlen angehoben, aber die Wahlen als solche werden nicht in Frage gestellt.
Auf der anderen Seite sähe es doch irgendwie doof aus, wenn 50% aller WählerInnen „Sonstige" gewählt haben.

ViSdP: P. Schulze AJF HH c/o Schwarzmarkt;
Kleiner Schäferkamp 46; 20357 Hamburg

Das Anliegen dieses Kastens ist so ziemlich in eigener Sache.

Es geht nämlich genau um das was Ihr in Euren Händen haltet: Die „Blow up!- the system"! Nein, wir betteln euch jetzt nicht um Kohle an (auch wenn wir gegen eine edle Spende grundsätzlich nie etwas einzuwenden haben).

Wir schreiben und machen dieses Heft, damit es möglichst viele Leute lesen - ist ja logisch. Doch leider sind wir nicht so ganz die Massen an Leuten. Deshalb bitten wir DICH! uns, wenn Dir unsere Zeitung ein bißchen gefällt, hilfreich zur Seite zu stehen. Die „Blow up!" möchte gerne an Schulen oder anderen Orten, wo Jugendliche sind, verteilt werden. Und genau darum geht es - Du könntest es z.B. an deiner Schule verteilen. Na gut, es ist nicht das erste Mal, daß wir das sagen, aber trotzdem fänden wir es wichtig nochmal näher darauf einzugehen, wie wir uns so eine Verteilung vorstellen.

Also: Uns geht es nicht darum, daß nur Leute die „Blow up!" in die Hände bekommen, die eh schon links drauf sind, die natürlich auch, aber eben nicht nur sondern ALLE!

Das heißt also, du kommst mal im Infoladen Schwarzmarkt im Kleinen Schäferkamp 46 (Mo, Mi, Fr, 14^{00}-19^{30}; Sa 12^{00}-15^{00}) vorbei und vielleicht liegt da gerade die neueste „Blow up!". Dann schnappst Du Dir einfach 'nen ganzen Stoß (100 sind da durchaus realistisch) und am nächsten Morgen stehst Du halt mal 'ne halbe Stunde früher auf (zugegeben, das ist der härteste Teil) und stellst Dich vor Deine Schule. „Vor" heißt dabei, daß es ratsam ist sich knapp außerhalb des Schulgeländes zu befinden, weil LehrerInnen dann (offiziell) keine Handhabe habe, dick rumzustänkern.

Vielleicht können 5.- KlässlerInnen nicht superviel mit der „Blow up!" anfangen, aber ansonsten können auch ruhig mal irgendwelche weniger linke Leute (sorry) in sowas reinschauen. Wie bereits erwähnt: Wir alleine können nur sehr unzureichend eine breite Verteilung der „Blow up!" gewährleisten und von daher wäre es super, ein bißchen Unterstützung zu bekommen.

Tausend Dank schonmal

NEULICH AUFFA 1. MAI ★ DEMO

© BY ZAP

WIEDER NE' MENGE LOS HEUTE!

DAS SIND DIE HIPPIES VONNE GRÜNEN!

HIER KOMM' DIE "RED'S"!

DEINE GANG...

...UND MEINE JUNX!

???

KOMMT HER IHR BULLENSÄUE!

UND DER? VONNE R.A.F.?

ICH BRING EUCH ALLE UM IHR SCHWEINE!

NEE!!! V-MANN VOM VERFASSUNGS-SCHUTZ!

BANG! BANG!